

Kreis rudert bei Schülertickets zurück

15.02.2011 Von Armin Fechter

Monatskarte für Grundschüler soll ab März 25 Euro kosten – Streit um weitere Erhöhungsrunde ab 2012 vorprogrammiert

Der Landkreis rudert zurück. Statt 36,25 Euro soll das Grundschülerticket ab 1. März nur 25 Euro kosten. Und das zweite Kind fährt dann wieder gratis. Doch ab Januar 2012 will Landrat Johannes Fuchs den vollen Betrag sehen.



Von Armin Fechter

BACKNANG/WAIBLINGEN. Gestern stellte die Kreisverwaltung die modifizierte Regelung vor. Sie ersetzt die Gebührensätze, die der Kreistag im November beschlossen hat und die bei betroffenen Eltern auf heftige Kritik gestoßen sind. Die offizielle Beschlussfassung steht allerdings noch aus, sie soll in einer Kreistagssitzung am 11. April folgen.

Wird vorerst doch nicht so teuer wie beschlossen: Busfahren für Grundschüler. Archivfoto: E. Layher

Geplant war zunächst eine Erhöhung des Eigenanteils von 15 auf 36,25 Euro. Diese sollte nicht nur fürs erste Kind einer Familie gelten, sondern auch fürs zweite, das bisher umsonst gefahren war. Insbesondere gegen diese Zweitkinder-Regelung waren Eltern Sturm gelaufen. Sie hätten dann für beide Kinder zusammen im Jahr satte 870 Euro berappen müssen – gegenüber den 180 Euro, die bisher fürs erste Kind fällig wurden.

Die neue Regelung, die zwischen der Kreisverwaltung und den Kreistagsfraktionen ausgeüfelt wurde, sieht hingegen vor, dass das Monatsticket für Grundschüler ab 1. März 25 Euro kosten soll. Das sind dann aufs Jahr gerechnet 300 Euro. Und das zweite Kind soll weiterhin kostenlos mit dem Bus zur Schule fahren dürfen. Nicht rütteln wollen Verwaltung und Fraktionen hingegen am Eigenanteil für Förderschüler, Sprachheilschüler und Schüler der Erziehungshilfe (jeweils erste bis vierte Klasse): Ihr Ticket soll, wie vom Kreistag beschlossen, künftig 20 Euro im Monat kosten.

Doch das ist nur der erste Teil der vom Landrat verkündeten Stufenlösung. Der zweite Teil soll zum 1. Januar 2012 greifen. Denn dann ist eine neue Erhöhungsrunde vorgesehen. Der Preis fürs Grundschülerticket soll dann auf den vollen Betrag von 36,25 Euro und bei Zweitkindern auf 15 Euro steigen. Allerdings wird gleichzeitig die Möglichkeit geboten, die Monatskarte auch ohne Teilnahme am Scool-Abo zu erwerben. In diesem Fall steigt der Preis dann nur auf 30 Euro. Im Gegenzug hat die reduzierte Monatskarte aber auch keine Netzwirkung, das heißt, sie kann nicht eingesetzt werden, um in der Freizeit kostenlos durchs ganze Verbundgebiet zu kreuzen – ein Extra im Scool-Abo, an dem sich ohnedies viele Eltern von Kindern im Grundschulalter gestoßen hatten. Für Förderschüler soll es weiter bei 20 Euro bleiben.

Eine weitere Änderung soll ab dem Schuljahr 2011/12 kommen, und sie betrifft den ausgeprägt ländlichen Raum mit seinen speziellen Beförderungsdiensten: Dann gibt es den individuellen Transport nämlich erst ab vier Kindern pro Fahrzeug, bisher waren es drei.

Fuchs verteidigte in der Pressekonferenz im Waiblinger Landratsamt nochmals das Votum vom November: Der Kreistag habe nicht etwa leichtfertig und unüberlegt gehandelt. Bei der Schülerbeförderung handle es sich um eine originäre Zuständigkeit des Landes. Stuttgart habe sich aus seiner Verantwortung jedoch ab 1983 in mehreren Schritten zunehmend herausgezogen: Erst wurde die Sache auf die Landkreise übertragen und dann die Mitfinanzierung gekürzt und schließlich eingefroren. Im vergangenen Jahr beliefen sich im Rems-Murr-Kreis die Ausgaben auf 14,7 Millionen Euro, zu denen das Land 5,4 und der Kreis 2,1 Millionen Euro beisteuerten. Die Differenz – knapp die Hälfte der Kosten – deckten die Eltern via Eigenanteil.

Zugleich ist der Aufwand laut Fuchs „exorbitant gestiegen“. War 1998 noch ein Defizit von nur 491000 Euro entstanden, so betrug es zuletzt 2,1 Millionen Euro. Wegen knapper Mittel – der Landkreis befindet sich laut Fuchs finanziell in der schwierigsten Lage seit seinem Bestehen – kam 2010 der komplette Etat auf den Prüfstand. „Wir

haben versucht, ausgewogen alle Subventionsbereiche einzubeziehen und das Defizit zu reduzieren“, sagte Fuchs. Und: „Wir konnten die Eltern nicht außen vor lassen.“

Einhellige Unterstützung für die erste Stufe der Neuregelung signalisierten die Fraktionsvorsitzenden oder deren Vertreter Reinhold Sczuka (CDU), Dr. Werner Barth (SPD), Ulrich Lenk (FDP/FW) und Willi Halder (Grüne). Keinen Sprecher entsandt hatten die Freien Wähler, bei denen offenbar noch Klärungsbedarf besteht. Sczuka fand die Erhöhung jetzt „familiengerechter abgedeckt“. Die Lösung enthalte wesentliche Elemente des seinerzeit gescheiterten SPD-Antrags, erklärte derweil Barth mit Genugtuung. Lenk bekannte, man habe „nicht so plastisch gesehen, was auf Einzelne an Steigerungsraten zukommt“, er gab aber auch generell zu bedenken, dass die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind: „Das Wunschkonzert ist vorbei.“ Dagegen verwies Halder auf „andere Posten, wo noch viel größere Löcher zu stopfen sind“. Sczuka und Lenk machten zugleich geltend, dass in der Vergangenheit bei den Eigenanteilen Schritte ausgelassen worden seien, um die Kostenentwicklung erträglicher zu gestalten. Ziel müsse eine einheitliche Lösung im VVS sein.

Im Kreistag dürfte die erste Stufe der neuen Regelung eine Mehrheit finden. Streit zeichnet sich aber bei der zweiten Stufe ab: Sowohl Barth als auch Halder signalisierten Bedenken und Ablehnung, und auch in anderen Fraktionen gibt es offenbar Vorbehalte gegen eine neuerliche Erhöhung, vor allem wenn sich die allgemeine Finanzlage bessern sollte.

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/221923>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten
